



Caritas  
Pforzheim

**Diakonie**   
**Pforzheim**

**Gemeinsam den Menschen nah**

## **QUALITÄT GEHT ANDERS**

### **Impulse für eine bessere (Sozial)Politik in Pforzheim**

#### **Einführung**

Grundlagen für die vorliegende Schrift bilden folgende Thesenpapiere:

- a) „Gerechte Sozialpolitik für Pforzheim“ vom Juni 2008,
- b) „Das Soziale als strategische Aufgabe der Kommunalpolitik“ vom Juli 2009

Beide Thesenpapiere wurden gemeinsam vom Caritasverband e.V. Pforzheim und dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Pforzheim herausgegeben.

In beiden Papieren wurden der Stadtverwaltung Pforzheim und ihren politischen Gremien wichtige Hinweise für die Schaffung einer strategischen Planung in der Sozialpolitik geliefert.

Heute, nahezu 7 Jahre bzw. 6 Jahre danach, müssen wir leider feststellen, dass die erwähnten Schriften zwar diskutiert und auch gelobt worden sind, dennoch nahmen unsere Empfehlungen und Forderungen kaum Einfluss auf die kommunale Ausgestaltung der hiesigen Sozialpolitik. So vermissen wir bis heute eine eindeutige und strategische Grundlage für das sozialpolitische Handeln.

Daher verwundert es auch nicht, dass die Stadt Pforzheim im Vergleich zu anderen Kommunen in Baden-Württemberg in den wesentlichen sozialpolitischen Aspekten nach wie vor das Schlusslicht ist.

So beträgt zum Beispiel die

- Arbeitslosenquote 7,8 % (Stand: 31. März 2015) und weist den höchsten Wert aller Städte in Baden-Württemberg auf.
- Hartz IV-Empfänger-Quote (SGB II) 11,9 % (Stand: Oktober 2014) von der Stadtbevölkerung. In der absoluten Zahl sind das 5.513 Bedarfsgemeinschaften (Stand: Januar 2015) – ein weiterer Spitzenwert in Baden-Württemberg.
- Die Kriminalitätsrate ist in Pforzheim besorgniserregend - die Polizei steht vor nahezu unlösbaren Problemen.

Da die Sozialpolitik die wichtigste Säule in unserer Volkswirtschaft ist, bedarf es dringend einer Analyse über die Ursachen dieser, für unsere Kommune schlimmen Tatsachen.

## 1

### **Subsidiarität – Maxime für eine gelingende Bildungs- und Sozialpolitik**

Subsidiarität (Hilfe, Reserve) ist eine politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Maxime, die die Entfaltung der individuellen Fähigkeiten, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung anstrebt.

Subsidiarität ist ein zentrales Element des ordnungspolitischen Konzepts der sozialen Marktwirtschaft.

Subsidiarität ist das Regulativ für das Verhältnis von Staat und Wohlfahrtsverbänden. Gemeinschaftlich organisierte Sozialorganisationen sollen vor dem Zugriff übermächtiger bürokratischer Staatlichkeit geschützt werden.

Aus diesem Grund haben die Amerikaner nach dem 2. Weltkrieg bei der Neuordnung der deutschen Verhältnisse besonderen Wert auf den Aufbau einer föderalen Struktur gelegt. Deshalb entstanden zum Beispiel auch die Stadt- und Kreisjugendverbände, die ohne den übermächtigen Einfluss des Staates eine unabhängige Arbeit für und mit Kindern / Jugendlichen eigenverantwortlich garantieren sollte.

Durch den zunehmenden Anspruch unserer kommunalen Körperschaften nach der eigenen Übernahme von sozialen Aufgaben, gerät der Ursprungsgedanke des Subsidiaritätsprinzips, nämlich dass eine staatliche Institution der kleineren, freien Organisation keine Aufgabe abnehmen darf, die diese eigenständig leisten könnte, zunehmend ins Abseits.

Die hiesige Schulsozialarbeit ist z.B. ein lebendiger Beweis für diese Kritik. Aber auch die strukturellen Rahmenbedingungen beim Stadtjugendring oder bei der GBE belegen deutlich, wie die Stadt Pforzheim Einfluss nimmt auf Aufgaben, die ohne diese Einflussnahme vermutlich besser gelängen.

Weitere Ursachen der Krise des Sozialen gehen nicht spurlos an der Entwicklung unserer kommunalen Bevölkerungsstruktur vorbei. Einige Folgen sind:

- Massiv zunehmende Entwicklungsverzögerungen bei Kindern im Vorschul- und Schulbereich durch mangelnde Unterstützungsmodelle besonders im Vorschulbereich.
- Verweigerung der Stadt Pforzheim in Bezug auf die Entwicklung von weiteren Eltern-Kind-Zentren an oder in der Nähe von Kindertageseinrichtungen und den weiteren Ausbau der Familienzentren.
- Kinder mit Behinderung stoßen in den normalen Kindertagesstätten zwar auf gutwilliges, aber bisweilen hoffnungslos überfordertes Personal mit unzureichenden Rah-

menbedingungen. Entsprechende Vorschläge zur Entspannung dieser Situation blieben seitens der Stadtverwaltung bisher unbeantwortet bzw. wurden diese abgelehnt.

- Die Migrationsberatung, eine wesentliche Form vorbeugender/vorsorgender Arbeit, wird nach wie vor kaum von der Stadt Pforzheim unterstützt. Caritas und Diakonie leisten bisher diese Arbeit zu 100% aus Eigenmitteln; lediglich für Dolmetscherdienste gibt die Stadt Pforzheim einen sehr geringen Anteil von Landesmitteln an die Träger weiter.
- Die Arbeit mit Menschen mit psychischer Erkrankung benötigt eine starke Unterstützungsstruktur, da die wachsenden Fallzahlen ansonsten nicht mehr aufzufangen sind. Bereits jetzt beklagen die Fachkliniken in Pforzheim und in der Region eine gravierende Unterversorgung im Krankheitsfall. Der Leiter der Tagesklinik in Eutingen, Herr Dr. Warmke, hat am 3. Juli 2014 vor dem Sozialausschuss unserer Stadt dringend gewarnt, die Tagesstätte für psychisch kranke Menschen im Gemeindepsychiatrischen Zentrum im Martinsbau „sterben“ zu lassen. Die Stadt Pforzheim verweigert aber nach wie vor eine Kostenbeteiligung. Bleibt es dabei, schließt diese Stätte zum 30. Juni 2015.
- „Frühe Hilfen“ sind auch in der vorbeugenden Arbeit mit Senioren und ihren pflegenden Angehörigen notwendig. Leider findet die bestehende Unterstützungsstruktur in Pforzheim nicht die notwendige kommunale Anerkennung. Aufgrund der demografischen Entwicklung muss aber dieser Bereich verstärkt ausgebaut werden. Die Stadt Pforzheim verweigert sich jedoch einer leistungsgerechten Alimentierung der durch die freien Träger geleisteten Arbeit.

## 2

### **Träger- und Methodenvielfalt versus Bündelung und Optimierung der Aufgaben**

Ein Merkmal der Jugendhilfe, und in der Folge auch für die Alten- und / oder Behindertenhilfe sowie den sonstigen sozialen Aufgabenfeldern, ist die Vielfalt von Trägern unterschiedlicher Wertorientierungen sowie die Vielfalt von Inhalten, Methoden und Arbeitsformen.

Insofern beherrschen zwei Strukturmerkmale diesen Teil der Sozialen Arbeit in Deutschland:

- die Trägervielfalt und die
- Methodenvielfalt.

Das führt dazu, dass dieses Feld der Sozialleistungen den Charakter einer „bunten Wiese, auf der tausend Blümchen blühen“ aufweist.

Besonders in den zurückliegenden Jahren haben aber auch bereits etablierte Träger in der Kinder- und Jugendarbeit, in der Alten- und Behindertenarbeit sowie in den sonstigen sozialen Aufgabenfeldern ihr eigentliches, originäres Aufgabenfeld verlassen, um sich weiteren Aufgaben zuzuwenden. In der Begründung für dieses Handeln war allenthalben zu hören, dass man „seinen Anteil am Kuchen“ haben wolle und die Sozialbranche schließlich als „Markt der Möglichkeiten“ verstanden werde.

Aber ganz gleich woraus die einzelnen Akteure auf diesem Arbeitsfeld ihre Handlungsmotivation und Legitimation ziehen mögen, befördert doch die aufgezeigte Entwicklung auch eine neue Unübersichtlichkeit. Diese führt letztlich zur Irritation bei den politischen Entscheidungsträgern, die wiederum seitens der kommunalen Verwaltung Steuerungsmaßnahmen fordern.

Eine nachhaltig agierende Sozialplanung nimmt dieses Spannungsfeld in den Blick und achtet auf eine, den Aufgaben bezogene Schwerpunktsetzung bei den einzelnen Trägern. Dabei sollte der Anspruch der kommunalen Körperschaft nicht darin bestehen, im Zweifel eigene Angebote zu übernehmen, sondern dafür zu sorgen, dass eindeutige Aufgaben- und Zielbeschreibungen mit transparenten Qualitätsstandards vereinbart werden.

Eine Leistungsvereinbarung muss als Grundlage für die Vergabe und der Ausführung einer Aufgabe zwischen dem Geldgeber (i.d.R. die Kommune) und dem Leistungserbringer (Rechtsträger) zu Beginn des Handelns vereinbart und in der Folge überprüft werden.

Die Trägervielfalt ist aber auch ausdrücklich an deren Wertorientierung geknüpft. Daraus ergibt sich, dass privat-gewerbliche Träger nicht mit frei gemeinnützigen Trägern auf eine Stufe gestellt werden können. Diese Wertorientierung ist die Legitimation des Subsidiaritätsprinzips und Legitimation für eine Verschiedenbehandlung privat-gewerblicher und frei gemeinnütziger Träger.

### 3

#### **Transformation der ökonomischen Vernunft in der Sozialen Arbeit**

Die Aufgabenvielfalt in der sozialen Arbeit hat in den letzten 10 Jahren extrem zugenommen. Förderprojekte, die z.B. mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfond (ESF) einen starken Anstieg auch in der Stadt Pforzheim erfahren haben, führten geradezu in ein „Dickicht“ sozialer Leistungen, das für den „ungeübten“ Betrachter kaum noch zu durchschauen ist.

Damit die Träger- und Methodenvielfalt in unserem Kommunalraum erhalten bleiben kann, bedarf es auch einer Steuerung und / oder Bündelung von Aufgaben (Schwerpunktsetzung und Entwicklung von Dienstleistungszentren); anderenfalls drohen die in das Sozialsystem investierten Leistungen an deren „Verästelung“ zu verpuffen, wenn keine eindeutige Ausrichtung auf Effizienz und Effektivität erfolgt.

Einzelne Städte und Landkreise, z.B. München, Erlangen oder der Landkreis Miltenberg, haben das bereits erkannt und versuchen Aufgaben zu bündeln und deren Bewältigung mit den verschiedenen Trägern im **Dialog** abzustimmen.

Hier lauten die Lösungsansätze:

- Schaffung von Dienstleistungszentren sowohl in der kommunalen Selbstverwaltung als auch bei freien Trägern,
- Wahrung der Subsidiarität,
- Priorisierung der Aufgaben,
- Vergabe der Aufgaben nach Gesichtspunkten der Kompetenz und Tradition,
- Klare und transparente Leistungsvereinbarungen.

Eine solche Ordnungsstruktur schafft die Voraussetzung für eine überschaubare, transparente und eindeutige Übersicht von Aufgaben sowie deren Zielerreichung.

#### **4**

##### **Die Stadt Pforzheim hat ein Einnahmeproblem**

In unserer Stadt wird allenthalben die hohe Last der Sozialausgaben beklagt. Diese Mittel würden die Stadt nahezu handlungsunfähig machen.

Tatsächlich liegt der Pflichtanteil an den kommunalen Sozialausgaben bei über 95% der Gesamtlasten. Die freiwilligen Leistungen sind letztlich für den Gesamthaushalt nicht von Bedeutung.

Die Stadt Pforzheim hat traditionsgemäß große Schwierigkeiten bei der Schaffung neuer, attraktiver Arbeitsplätze. Diese werden jedoch benötigt, um zahlungskräftige Bürger in die Stadt zu holen.

Die reichlich verteilten Vorschusslorbeeren für die seit einiger Zeit kursierenden Gedanken zur Stadtentwicklung und der Herstellung von mehr Attraktivität besonders in unserer Innenstadt durch ein höherwertigeres Angebot von Geschäften für Gebrauchsgüter, werden nicht ohne den Zuzug von Bürgern mit entsprechendem Einkommen realisiert werden können.

Neue Arbeitsplätze können jedoch nur geschaffen werden, indem

- a) neue Gewerbegebiete ausgewiesen und
- b) Baulücken mit attraktivem Wohnraum geschlossen werden,
- c) Ansiedlungswillige im Rathaus direkt und kompetent durch den „Bürokratiedschungel“ gecoacht werden und
- d) eine Willkommenskultur entwickelt wird, die auch weitere qualitativ hochwertige Betreuungsmöglichkeiten für Vorschulkinder vorhält und attraktive Schul-, Kultur- und Sportangebote garantiert.

Wir stellen fest, dass der Handlungsspielraum unseres Oberbürgermeisters für mehr Aktivität im dargestellten Sinne bei weitem noch nicht erschöpft ist.

#### **5**

##### **Lasten gerecht verteilen – Ausgaben überprüfen**

Wir freuen uns, dass die Stadt Pforzheim u.a. auch in Kultur, Sport und Wirtschaft investiert. Wir freuen uns über die gelungenen Veranstaltungen im Stadttheater, im Kulturhaus Osterfeld und im Kongresszentrum der Stadt. Wir lauschen gern den Klängen des Südwestdeutschen Kammerorchesters, nutzen die Möglichkeiten der Stadtbibliothek und besuchen u.a. gern die Museumslandschaft in Pforzheim. Gern möchten auch wir diese Möglichkeiten erhalten.

Wir fragen aber auch, ob das bevorstehende Jubiläum der Schmuckindustrie tatsächlich mit rund 2,8 Millionen Euro aus dem Stadtsäckel finanziert werden muss. Wir meinen auch, dass die bereits subventionierten Eintrittskarten in unserem Stadttheater durchaus für den Normalbesucher etwas erhöht werden dürfen.

In schwierigen Zeiten, die für die Stadt Pforzheim nichts Neues darstellen, darf auch nicht der Hebesatz der Gewerbesteuer verringert werden. Wenn nötig, sollte vielmehr darüber nachgedacht werden, diesen sogar leicht zu erhöhen. Denn die Gewerbesteuer ist schließlich eine „Gewinnsteuer“, deren Entrichtung den ertragreichen Firmen nicht wirklich weh tut; vielmehr ist von den Wohlhabenden eine besondere Solidarität gefordert.

Ansiedlungswillige Firmen können schließlich in ihrer Startphase mit Sondersätzen begünstigt werden. Viel wichtiger für diese Firmen ist jedoch die Möglichkeit eines „Lotsendienstes“, womit ansiedlungswillige Interessenten partnerschaftlich aus einer Hand „beraten und durch die hiesige Kommunalverwaltung“ geführt werden, damit rasch Fragen beantwortet und Entscheidungen begünstigt werden können.

Leider weist die Stadt Pforzheim besonders in ihrer Servicefähigkeit nach wie vor ein großes Handlungsdefizit auf. Dabei kann Pforzheim doch mehr!

## **6**

### **Freiheit als Antreiber für die Entwicklung der Potentiale der Menschen**

Die Nobelpreisträger Yunus oder Amartya Sen sehen einen zentralen Dreh- und Angelpunkt für alle Entwicklungsmöglichkeiten der Menschheit: Freiheit!

Diese Freiheit gilt es zu entwickeln, indem wir den Kindern in unserer Stadt ein Betreuungs- und Bildungsangebot garantieren, das ihnen Sicherheit und Anerkennung, Aufklärung und Verständnis, Emotionalität und Autorität verleiht. Von der Kinderkrippe bis zur Grundschule, von der Hauptschule bis zur weiterführenden Schule benötigen wir ein verlässliches Sozialsystem, an dem jedes Kind garantiert teilhaben kann. Im Klartext bedeutet das auch eine schrittweise Einführung der Beitragsfreiheit für Kitas, der weiteren Bereitstellung von geeigneten Betreuungsplätzen für Schüler bis zum Abend und attraktive Bildungsangebote für Eltern, z.B. in den Familien- / Eltern-Kind-Zentren.

## **7**

### **Quintessenz**

- Die Stadt Pforzheim muss sich endlich zur Subsidiarität bekennen
- Zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden muss endlich eine tragfähige Strategie für das Soziale in unserer Stadt entwickelt und verabschiedet werden
- Die Stadt Pforzheim würde sich den größten Gefallen tun, wenn sie dazu beiträgt, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen
- Dafür benötigen wir eine moderne Stadtentwicklung, die neben der Gestaltung der Innenstadt auch die Ausweisung von ausreichenden Gewerbegebieten, attraktiven Wohnräumen mit ausreichenden sozialen Angeboten vorhält

- Die Stadt Pforzheim sollte noch viel mehr die Potenziale seiner Einwohner nutzen und
- Caritas und Diakonie sind bereit, ihre Kompetenzen für eine gedeihliche Entwicklung des Sozialen in unserer Stadt einzusetzen.

Pforzheim, 8. April 2015

Caritasverband e.V. Pforzheim

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche  
in Pforzheim

gez. Frank Johannes Lemke  
Caritasdirektor | Vorstandsvorsitzender

gez. Sabine Jost  
Geschäftsführerin